

# paperpress

.....Newsletter.....

Impressum: paperpress Jugend- und kommunalpolitischer Pressedienst Berlin. Gegründet am 7.4.1976. Gründer und Herausgeber: Ed Koch (verantwortlich für den Inhalt). Redaktion: Chris Landmann (Chefredakteur), Fotoredaktion: Lothar Duclos. Träger / Verlag / Vertrieb / Druck: Paper Press Verein für gemeinnützige Pressearbeit in Berlin e.V., vertreten durch den Vorstand Ed Koch und Chris Landmann. Postanschrift: Paper Press, Postfach 42 40 03, 12082 Berlin. Web: www.paperpress.org / Telefon: (030) 705 40 14 Fax: 705 25 11 – Leserschriften, Be- und Abbestellung des Newsletters: E-Mail: post@paperpress.org – Nachdruck honorarfrei mit Quellenangabe. Der Newsletter wird kostenlos zugestellt. Alle Newslettertexte auch auf www.paperpress.org.

Nr. 487 P

22. November 2012

37. Jahrgang

## Offener Brief an die Senatoren für Finanzen und Jugend sowie die Mitglieder des Abgeordnetenhauses von Berlin.

Nachfolgend dokumentieren wir einen Brandbrief der Vorsitzenden der Berliner Jugendhilfeausschüsse:

### Jugendhilfeausschuss-Vorsitzende schlagen Alarm

1. Moratorium zugunsten der Angebote der Kinder- und Jugendarbeit beschließen!
2. Mindestpersonalstellenausstattung im Regionalen Sozialpädagogischen Dienst der bezirklichen Jugendämter festlegen!

Sehr geehrte Frau Senatorin Scheeres, sehr geehrter Herr Senator Nußbaum, sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete,

seit 2008 ist zu verzeichnen, dass die von den Bezirken für Kinder- und Jugendarbeit des öffentlichen Trägers und der freien Träger der Kinder- und Jugendhilfe ausgegebenen Gelder stetig sinken.

Aufgrund der unzureichenden Mittelausstattung der Bezirke werden in vielen BVVen Beschlüsse gefasst, in deren Konsequenz große Teile der Angebote nach § 11 KJHG eingestellt oder nur noch unter fragwürdigen Bedingungen fortgeführt werden. Ganze Einrichtungen werden auf Dauer geschlossen, die bezirkliche Infrastruktur wird in vielen Bezirken ausgedünnt oder abgewickelt. Und dies geschieht, obwohl die Anzahl der Kinder und Jugendlichen in der Stadt wächst, und gegen den Widerstand der Jugendpolitiker/innen der Bezirke, die angesichts der Bedarfslagen in den Quartieren seit Jahren den Ausbau der Angebote anmahnen.

Die jährlichen Kürzungen liegen derzeit auf alle Bezirke gesehen bei ca. 5% bis ca. 8%. In absoluten Zahlen bedeutet das einen Abbau von rund 4 bis 7 Mio. € jährlich. Auf diese Weise wird sich die Angebotsreduzierung und Schließung von Einrichtungen weiter fortsetzen, da sich die zukünftige Ausstattung mit Mitteln an den Ausgaben des jeweiligen Vorvorjahres orientiert. Eine

nicht zu stoppende Abwärtsspirale wird somit auf Dauer festgeschrieben. Die bildungs- und sozialpolitische Wirkung der Kinder- und Jugendarbeit sowie die gesetzliche Aufgabe zur Förderung der Kinder und Jugendlichen nach dem KJHG bleiben dabei unberücksichtigt.

Wir bitten Sie daher im Abgeordnetenhaus ein Moratorium zu beschließen, das den Abbau der Angebote der Kinder- und Jugendarbeit in Berlin bis auf weiteres stoppt.

Das Moratorium soll dazu dienen, Zeit für eine politische Lösung zur Ausstattung und Verwendung von Mitteln für die Angebote der Kinder- und Jugendarbeit zu erarbeiten. Wir schlagen vor, die Bezirke analog der Budgetzuweisung des Jahres 2011 für die Kinder- und Jugendarbeit im Jahr 2013 auszustatten sowie diese zu verpflichten, die Mittel für die Angebote nach § 11 KJHG zweckgebunden zu verwenden.

Welche Konsequenzen drohen, sollte ein Moratorium scheitern, wollen wir Ihnen an folgenden Beispielen aus den Ortsteilen Wedding und Schöneweide verdeutlichen:

Im Sommer 2012 schloss der Kinderschutzbund seinen Schülerladen A 13 in der Amsterdamer Str. 13 im Wedding. Das Angebot durch einen anderen Träger fortführen zu lassen, hat der Senat verweigert. Nur wenige Straßen entfernt, nutzen viele der Jugendlichen mittlerweile ein vermeintliches Alternativangebot. Die Hells Angels-nahe Gang MC Streetfighter in der Schererstraße bietet den Jugendlichen einen Ort, an dem sie sich treffen, Sport treiben, Musik hören und „abhängen“ können. Die Kehrseite der Medaille ist, dass sie dort auch zu kriminellen Handlungen ermutigt werden, psychisch und physisch unter Druck gesetzt und in Ihrer persönlichen Freiheit massiv bedroht werden.

Ab dem 1. Januar 2013 wird die Lückekindereinrichtung Labude in Schöneweide aufgrund eines Konsolidierungsplans mit einem Kürzungsvolumen von mehr als 750.000 Euro geschlossen. Gleichzeitig breitet sich in der Umgebung die Neonazi-Szene aus. Von der stadtbekanntem Neonazikneipe „Zum Henker“ bis hin zu einem Military-Store schaffen sich die Rechtsradikalen dort ihre eigene Infrastruktur und schüchtern nicht selten auch mit Gewalt Initiativen und Privatpersonen ein! Neben den Neonazis sind pädosexuelle Straftäter durch das Betreiben von sogenannten offenen Wohnungen, die ähnlich ausgestattet sind wie Jugendfreizeiteinrichtungen, auf der Suche nach Opfern. Insgesamt wurden bislang 13 solcher „offenen Wohnungen“ in Schöneweide aufgedeckt. In anderen Bezirken gab es in solchen Wohnungen teilweise einen Durchlauf von 50-70 Kindern pro Woche. Zudem treibt in Schöneweide eine Sekte ihr Unwesen und versucht die Notlage von Kindern und Jugendlichen auszunutzen und diese „einzufangen“.

Unser zweites Anliegen an Sie ist, dass wir Sie auffordern, dafür Sorge zu tragen, dass in den bezirklichen Jugendämtern eine Mindestpersonalausstattung für die Regionalen Sozialpädagogischen Dienste verbindlich festgelegt wird.

Diese Personalausstattung, die wesentlich die Umsetzung des aktiven Kinderschutzes und der erzieherischen Hilfen für Kinder, Jugendliche und ihre Familien zu verantworten hat, darf grundsätzlich nicht zur Erreichung der so genannten Personalzielzahlen herangezogen werden. Mitarbeiter/-innen im RSD haben teilweise mehr als 90 Fälle zu bearbeiten – der Richtwert liegt bei 60 – darunter auch viele Kinderschutzelfälle. Die schwer verletzten und toten Kinder, die wir in den vergangenen Jahren zu beklagen hatten, lassen Untätigkeit nicht zu. Wir beobachten, dass die Problemlagen in den Familien komplizierter werden. In zunehmend häufiger auftretenden Multi-problemfamilien überlagern sich psychische Erkrankungen, Suchterkrankungen, häusliche Gewalt, usw. Wir bitten Sie daher, einen Beschluss im Abgeordnetenhaus zu fassen, der eine Mindestpersonalausstattung für die Regionalen Sozialpädagogischen Dienste der Bezirke festlegt.

Das fehlende Personal muss dabei sofort und auch ohne vorheriges Genehmigungsverfahren bei der Hauptverwaltung durch die Bezirke eingestellt werden. Was eine Nichtbesetzung von

freien Stellen und das Fehlen einer Mindestausstattung bedeutet, möchten wir Ihnen anhand von Beispielen aus den Bezirken Tempelhof-Schöneberg und Marzahn-Hellersdorf aufzeigen:

Im vergangenen Juni teilten die Sozialarbeiter/-innen des RSD in Tempelhof-Schöneberg in einem Brandbrief mit, dass sie sich nicht mehr in der Lage sähen, ihre gesetzlichen Aufgaben und ihren Kinderschutz auftrag verantwortungsvoll auszuführen. Auf eine Sozialarbeiterin in Vollzeit kommen in der Region Tempelhof 120 bis 140 Fälle. Auch der Jugendhilfeausschuss Tempelhof-Schöneberg musste feststellen, dass eine fachlich angemessene Betreuung der Familien unter diesen Umständen nicht möglich ist.

In Marzahn-Hellersdorf ist das Verhältnis von Mitarbeitenden zu Fällen 1:80 bis 120 Familien, so dass aus Besorgnis um die Erfüllung der gesetzlichen Aufgaben Sozialarbeiter/-innen aus Jugendfreizeiteinrichtungen abgezogen wurden, um die Regionalen Sozialpädagogischen Dienste in ihrer Tätigkeit zu unterstützen. Eine Jugendfreizeiteinrichtung musste dafür vorübergehend geschlossen werden. Die Anzahl von Kinderschutzfällen stieg hier von 2007 auf 2011 von 385 betroffenen Kindern auf 1068.

Wir, die Vorsitzenden der bezirklichen Kinder- und Jugendhilfeausschüsse, bitten Sie eindringlich, im Sinne der Kinder und Jugendlichen dieser Stadt tätig zu werden. Kinder und Jugendliche haben keine eigene Lobby. Unsere Aufgabe als Vorsitzende der Kinder- und Jugendhilfeausschüsse ist es, anwaltlich die Interessen der Kinder und Jugendlichen zu vertreten und Schäden für die Kinder und für die Gesellschaft, die irreparabel sind, aufzuzeigen. Für Rückfragen stehen Ihnen die Vorsitzende des Kinder- und Jugendhilfeausschusses Tempelhof-Schöneberg, Marijke Höppner, unter der Rufnummer 0179 - 20 888 00, und der Vorsitzende des Kinder- und Jugendhilfeausschusses Mitte, Florian Schwanhäuser, unter der Rufnummer 0172 / 382 38 32 zur Verfügung. Gerne würden wir Ihnen die Situation auch in einem Gespräch erläutern und verdeutlichen.

Mit freundlichen Grüßen

Jugendhilfeausschussvorsitzender Bezirksverordnetenversammlung Charlottenburg-Wilmersdorf, **Milan Neuhoff**, SPD.

Jugendhilfeausschussvorsitzender Bezirksverordnetenversammlung Friedrichshain-Kreuzberg, **Andy Hehmke**, SPD.

Jugendhilfeausschussvorsitzende Bezirksverordnetenversammlung Lichtenberg, **Kerstin Zimmer**, Die Linke.

Jugendhilfeausschussvorsitzende Bezirksverordnetenversammlung Marzahn-Hellersdorf, **Marlitt Köhnke**, SPD.

Jugendhilfeausschussvorsitzender Bezirksverordnetenversammlung Mitte, **Florian Schwanhäuser**, CDU.

Kinder- und Jugendhilfeausschussvorsitzender Bezirksverordnetenversammlung Pankow, **Torsten Wischnewski-Ruschin**, Bündnis 90/Die Grünen.

Jugendhilfeausschussvorsitzende Bezirksverordnetenversammlung Reinickendorf, **Andrea Behnke**, Bündnis 90/Die Grünen.

Jugendhilfeausschussvorsitzende Bezirksverordnetenversammlung Spandau, **Christiane Mross**, SPD.

Jugendhilfeausschussvorsitzende Bezirksverordnetenversammlung Steglitz-Zehlendorf, **Renate Krohm**, SPD.

Jugendhilfeausschussvorsitzende Bezirksverordnetenversammlung Tempelhof-Schöneberg, **Marijke Höppner**, SPD.

Jugendhilfeausschussvorsitzender Bezirksverordnetenversammlung Treptow-Köpenick, **Alexander Freier**, SPD.